

Die Lupe

Mai/Juni 2024

Helfen statt reden - DIE LINKE bürgernah, sozial und für Frieden!

Schwarz/Rot setzt

2 Kommunalpolitik unter Sparzwang

4 „Lasst uns reden!“

5 Ausstellung im Bezirk

Protest gegen

6 hohe Heizkosten



Bezirksverband
Tempelhof-Schöneberg

EU-Wahl in Deutschland – Erfahrung an den Wahlurnen!

Auch wenn die Wahl des EU-Parlaments vielerorts weniger Aufmerksamkeit findet, ist sie in vielerlei Hinsicht doch weitreichender, als durch die öffentliche Wahrnehmung in die eigene Aufmerksamkeitsstube hineingezogen ist. In ein paar knappen Sätzen die demokratischen Werte hochhalten oder das Wahlprogramm der Linken präsentieren – das möchte ich an dieser Stelle nicht. Mindestens genauso wichtig ist es, was nicht in den Wahlprogrammen der Parteien steht und was vielleicht an der eigenen Aufmerksamkeit bereits vorbeigezogen ist.

Wissen Sie noch, Manfred Weber als Spitzenkandidat der CDU/CSU 2019? Wer wurde der Olaf Scholz der EU? Ganz richtig, die nicht zur Wahl und zu jener Zeit in großer Kritik um die „Berater-Affäre“ stehende, damalige CDU Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen! Gelöschte SMS machten dem Untersuchungsausschuss einen Strich durch die Berater-Affäre-Rechnung. Dieselbe von der Leyen soll als Kommissionspräsidentin über SMS und Telefonate mit dem Chef des Pharma-Giganten „Pfizer“, zu miesen und überkauften Vertragsbedingungen, Milliarden an Steuergeldern für Impfstoffe verbraten haben. Auch hier: Überall geschwärzte Dokumente und die Verweigerung zur Herausgabe der SMS. Gegenüber dem dafür einberufenen Untersuchungsausschuss und dem europäischen Rechnungshof! Wie war das nochmal mit der viel beschworenen Demokratie? Alles eine Sache der Rhetorik. Und eben auch der Aufmerksamkeit.

Oder kennen Sie die Spitzenkandidatin der SPD, Katarina Barley? Haben Sie schon von ihrer Forderung nach einer „Europäischen Atombombe“ gehört? Mehr davon soll die Welt sicherer machen? Aber Sie kennen doch bestimmt Agnes-Strack Zimmermann von der FDP? Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete, die in den deutschen Talkshows die Interessen der lokalen Rüstungsschmieden (und ganz bestimmt auch der Menschen in Düsseldorf) vertritt. Rheinmetall aus Düsseldorf zum Beispiel, einer der größten Rüstungskonzerne Deutschlands. Auch sie: Spitzenkandidatin! Als „Oma Courage“ auf den Plakaten. Wen das an „Mutter Courage und ihre Kinder“ von Bertolt Brecht erinnert, sollte wissen, dass die „Mutter Courage“ Geschäfte mit dem Krieg macht.

Kennen Sie aber auch Özlem Demirel? Eine der Spitzenkandidatinnen der Linken. Das ist unsere „Anti-Oma Courage“, die sich für armutsfeste Löhne und Abrüstung einsetzt. Wenn Sie denken, das hängt nicht miteinander zusammen, so ist das vielleicht auch eine Sache der Aufmerksamkeit!

Gucken Sie sich um, sprechen Sie im Wahlkampf die Parteien an und stellen Sie uns zur Rede! Bei dieser EU-Wahl wird es vielleicht besser?

Um sinnvoll mit Brecht zu schließen:

Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß!
Es muss ein guter da sein, muß, muß, muß!

Stanislav Jurk

Bezirksverordnetenversammlung am 20. März 2024

Eingliederungshilfe im Bereich Soziales

Transferbereich nicht auskömmlich

Die große Anfrage der CDU betreffs „Budgetdefizite des Ressorts Bürgerdienste, Soziales und Senioren für das Jahr 2023“ wurde vom zuständigen Stadtrat Steuckardt (CDU) beantwortet. Demnach wird „ein Defizit von rund 5,1 Mio Euro im Jahresabschluss 2023 nach Basiskorrektur prognostiziert“. Auch nach Budgetneuberechnung durch den Senat würde das Defizit in dieser Höhe bleiben. Jedoch ist nicht davon auszugehen, dass dies eintritt, denn „weitere Basis-korrekturregelungen“ werden noch kommen. Den Ausschlag bilden die Entgelte für die Leistungserbringung im Bereich „Materielle Hilfen Soziales und Teilhabefachdienst“, die in anderen Bezirken kostengünstiger seien. Der Bezirk habe in diesem Bereich keinerlei steuernden Einfluss, auch was die starke Verteuerung bei diesen sogenannten Produkten der Eingliederungshilfen betrifft. Das Problem ist neben den Verteuerungen der Zuwachs an Aufgaben (viele Ukrainer:innen kamen dazu) und auch die fehlenden Beschäftigten. Es gibt keine neuen Stellen und 10 Stellen sind bis zum 31.12.2024 befristet.

Tempo 30 km/h hat sich bewährt

Den Antrag „Verkehrssicherheit gewährleisten: Tempo 30 auf Tempelhof-Schönebergs Hauptstraßen nicht abordnen“, war ein Antrag von Grüne und SPD, den DIE LINKE unterstützt hat. Die Anordnung der letzten Jahre bzgl. Tempo 30 km/h, aufgrund der Luftreinhaltung war sinnvoll und nach Abschluss der Maßnahme konnte festgestellt werden, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung tatsächlich auch in puncto Luftreinhaltung etwas bewirkte.

Am sinnvollsten für die Luftreinheit und für die Verkehrssicherheit ist in erster Linie natürlich weniger Verkehr, aber auch Tempo 30. Untersuchungen haben gezeigt, dass es bei diesem Tempo weniger Unfälle und Schwerverletzte gibt. Sicherheit sollte in jedem Fall Vorrang haben sowie Rücksichtnahme auf zu Fuß gehende und auf schwächere Verkehrsteilnehmende. Im Bezirk betrifft dies sieben Hauptstraßenabschnitte, in denen dann die Uhr wieder zurückgedreht werden soll, wenn es nach dem Senat geht. Auf den Hauptstraßen hat das Bezirksamt nicht die Möglichkeit über eine angemessene Geschwindigkeit zu entscheiden. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt.

Frauenportraits im BVV-Saal

Als Auftakt zur Ausstellung „Vergessene Demokrat:innen“ hat DIE LINKE, unter Mitzeichnung der SPD und der Grünen, den Antrag „Saal der Bezirksverordnetenversammlung Frauen-Portraits widmen“ eingebracht, der im Plenum diskutiert wurde. In Frage gestellt wurde dieser Antrag vor allem von den konservativen Kräften in der BVV. Für sie sollte alles so bleiben, wie es ist. Auch das Argument Denkmalschutz spielte eine Rolle, wenn partout etwas verhindert werden soll. Mit dem Prüf-Antrag sollen die Wände des BVV-Saals Parlamentarierinnen „in der Politik Tempelhof-Schönebergs gewidmet werden“, damit Frauen / Politikerinnen auch in der Öffentlichkeit mehr sichtbar sind, passend zum aktuellen Frauenmärz.

Elisabeth Wissel

Schwarz/Rot setzt die Kommunalpolitik unter Sparzwang

Nach der Abgeordnetenhaus(AgH)-Wahl 2021 mit einer rot, grün, roten Regierung sahen die Bedingungen für einen Haushalt, der weniger auf Kürzen getrimmt war, noch besser aus. Aber der CDU war mit der Nachwahl 2023 gelungen, was sie seit 1999 nicht mehr geschafft hatte: Sie ist die stärkste Fraktion im AgH und hat somit bei der neuen Koalition mit der SPD, andere Maßnahmen bzw. Themen-Gewichtungen, die auch die Bezirke spüren, gesetzt. Gekürzt, verschoben oder gestrichen wurde in allen

Bereichen: Beispielsweise bei den Fachbereichen Jugend, Schule, Kultur, Straßen/Verkehr und auch beim Stellenplan. Erst 2025 können wieder Neueinstellungen vorgenommen werden. 6,8 Mio pauschale Minderausgaben (PMA) müssen allein 2024 in Tempelhof-Schöneberg (TS) aufgelöst werden. Das heißt: Ein Sparhaushalt soll die nächsten Jahre bestimmen, und das in allen Bezirken, nicht nur in TS.

Fortsetzung auf S. 3

Helpen statt reden - DIE LINKE in der BVV ist für Sie da!



Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de



Katharina Marg
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de



Harald Gindra
Kassenwart
harald.gindra[at]
linksfraktion-ts.de

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg:

John-F. Kennedy-Platz
1, 10825 Berlin
Raum 2115
Tel: 90 27 74 898
90 26 59 3486
kontakt[at]
linksfraktion-ts.de
Sprechstunde:
Mi. 15-17 Uhr

Manche Bezirke müssen gar temporär eine Haushaltssperre verhängen, wonach nur noch die absoluten Pflichtausgaben möglich sind. Das Bezirksamt ist verärgert über die „Änderung der Spielregeln“ bei der Haushaltsgestaltung, denn Personal wird nicht, wie bisher, für die Auflösung der PMAs genutzt werden können. Es bleibt nur noch der Sachausgaben-Haushalt auf dem Prüfstand. Anmietungen (z. B. für die Unterbringung von Personal) sollen in Zukunft nicht mehr möglich sein. Lediglich Einzelanträge könnten gegenüber dem Senat gestellt werden. In Tempelhof-Schöneberg muss zwar keine Jugendfreizeitanstalt (JFE) wie teils in anderen Bezirken geschlossen werden. Das ist positiv, aber leider hinkt die Sanierung der JFEs massiv hinterher. Von 17 Einrichtungen kommt lediglich eine zum Zuge: Die JFE Burg, die schon seit über 10 Jahren wegen Schimmelbefall saniert werden soll. Aber auch jetzt ist die Gesamtanierung vakant, denn es wurden nur 500.000 Euro im Haushalt eingestellt und Personal für die Umsetzung fehlt ebenso. In allen Fachbereichen knirscht es, und es müsste mehr getan werden. So auch im regionalen Sozialdienst (RSD) des Jugendamtes, der in den letzten Jahren häufig am Limit war. Zwar soll es wieder einen Stellenzuwachs geben, und Umstrukturierungen sollen Verbesserung für die Arbeitnehmer:innen bringen, aber die Umsetzung ist noch offen.

Mit der Schulbauoffensive (SBO), ein öffentlich-privates Partnerschaft-(ÖPP)-Projekt, sollten die maroden Schulen schneller saniert werden. Es geht nicht

schneller und das privatrechtliche Risiko erhöht sich, wenn die öffentlichen Mittel fehlen. Alle Bedarfe der Volkshochschule (VHS) und Musikschule sollen nur noch aus der Globalsumme finanziert werden. Tarifierungsanpassungen bei den Mitarbeitenden verzögerten sich. Besonders leidet künftig auch der Integrationsfonds., In 2024 wurden die Mittel von 180.000 Euro auf 159.000 Euro gekürzt und in 2025 sollen nur noch 99.000 Euro für wichtige Hilfen für Geflüchtete zur Verfügung stehen. Ganz zu schweigen von der Bezahlkarte, die demnächst eingeführt wird und Geflüchtete nicht nur einschränkt, sondern diskriminiert. Ebenso unterfinanziert ist der Bereich Straßen und Verkehr, obwohl die Aufgaben gewachsen sind. Es werden vorerst nur Pflichtaufgaben und lange im Vorlauf stehende Einzelmaßnahmen durchgeführt. Dies ist am Beispiel unseres Bezirks nur ein kleiner Ausschnitt von der nicht auskömmlichen Finanzierung der Bezirke, während unübersehbar die Armut zunimmt, was wir täglich auf unseren Straßen beobachten können.

Gefordert ist in dieser Negativ-Entwicklung auch der Bund, der das Wohl der Menschen mehr im Blick haben sollte, statt der Allgemeinheit durch falsche politische Weichenstellungen eine Krise nach der anderen zuzumuten. Leider ist es derzeit vorrangig, die Rüstungsindustrie zu pushen.

Elisabeth Wissel



Sebastian Scheel MdB

Sprecher für Wirtschaft,
Energie und Betriebe
www.sebastianscheel.de
[kontakt\[at\]sebastianscheel.de](mailto:kontakt[at]sebastianscheel.de)

Kiezbüro

Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
Tel: 030 66 86 42 45
Mo - Do. : 10-16 Uhr

Sprechstunden:

mit Sebastian Scheel :
2. u. 4. Mi. 12-14 Uhr
mit Elisabeth Wissel, BVV:
1. Mo., 16-18 Uhr

Sozialberatung

mit Doris Hammer:
2. u. 4. Do., 15-17 Uhr



„Lasst uns reden!“

Eine Veranstaltungsreihe für uns, von Ihnen

Unter dem Motto „Lasst uns reden!“ lädt unser Abgeordneter im Abgeordnetenhaus von Berlin, Sebastian Scheel, zu einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe in sein Kiezbüro in die Kaiserin-Augusta-Straße 75 in Tempelhof ein. Wie so oft, wurden zu Beginn die Köpfe zusammengesteckt und überlegt, wie so eine Veranstaltungsreihe aussehen und heißen soll. Das Wahlkreisbüro bietet bereits regelmäßig Beratungsangebote an, hat die Öffnungszeiten von 3 auf 4 Tage erhöht und da es schon seit einigen Jahren besteht, haben sich bereits zahlreiche Verbindungen zu Anwohnern und verschiedenen Bürgerinitiativen entwickelt.

Eine wesentliche Erfahrung der Wahlkreisarbeit, eigentlich eine ganz banale, kam in der Diskussion aber immer wieder zur Sprache: Es gibt sehr, sehr viel Redebedarf. Dabei geht es jedoch nicht immer um konkrete Missstände, für die das „Kiezbüro Sebastian Scheel“ in Tempelhof, unsere Bezirksgeschäftsstelle „Rote Insel“ in Schöneberg und unsere Linksfraktion im Rathaus Schöneberg (sowie DIE LINKE in Berlin) eigentlich sehr gut aufgestellt sind. Es sind eben auch die alltäglichen Gedanken und Sorgen. Nicht immer zielgerichtet und auch nicht immer unbedingt politisch. Es ist auch mal der einfache Wunsch nach ein wenig Austausch und Zusammensitzen. Bei einem Kaffee auf der Bank im Vorgarten des Büros vielleicht mal eine Meinung oder ein Erlebnis teilen. Sich über die Neuigkeiten in Berlin informieren oder auch einfach Dampf ablassen, weil ein/e Politiker/in bei RBB oder in einer Rederunde etwas gesagt hat.

Es sind eben die vielfältigen Dinge, die einen im Leben beschäftigen. Und wenn man einen Moment nachdenkt, muss man selbst einräumen, dass es an eigenem Redebedarf eigentlich kaum ein „Genug“

geben kann. Gedanken entwickeln, Gedanken ordnen, Gedanken äußern, Resonanz erfahren, und erneut am Anfang dieser Kette ansetzen. Ein ewiger Kreislauf des Denkens eben! Wenn man zum Ursprung der Frage zurückkommt, wie es zum Motto „Lasst uns reden!“ denn gekommen sei, wird hoffentlich klar, dass es unter vielen Ideen, die glaubwürdigste Wahl war. Auch das Konzept soll reden lassen. Keine Vorträge oder Fachreferate, sondern eine offene Diskussion zu einem aktuellen Thema abseits der großen Bühne. Reden lassen, zuhören, vor allem aber auch möglichst viel mitnehmen. Denn nicht die Sichtweisen von Politikern sind die Quelle der Erkenntnis, sondern die vielseitigen Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Das Demokratie-Argument ist hier sicher jedem klar. Die praktische Bedeutung ist aber ebenso wichtig. Denn das größte Genie kann letztendlich nicht überall sein, die Bürgerinnen und Bürger Berlins sind es aber. Und deshalb ist es so wichtig, den großen Redebedarf der Menschen als Möglichkeit zu sehen, für eine gute und zielgerichtete Politik, Augen und Ohren in ganz Berlin zu haben. Wenn Sie also „Lasst uns reden!“ lesen, dann nehmen Sie unsere Bitte an, kommen Sie und helfen Sie uns, die Politik der LINKEN noch ein wenig besser zu machen. Sebastian Scheel und seine Gäste freuen sich auf einen spannenden Austausch mit Ihnen! Regelmäßig im KIEZBÜRO in der Kaiserin-Augusta-Str. 75 in Tempelhof. Vielleicht bewegt Sie ja das nächste Thema? Und falls nicht, teilen Sie uns Ihre Ideen und Wünsche gerne mit!

Kiezbüro Stanislav Jurk

Die nächste Veranstaltung findet mit Ines Schwerdtner am 30. Mai 2024, um 18 Uhr im Kiezbüro Sebastian Scheel statt.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen! Gegen das repressive Vorgehen, für den Schutz demokratischer Rechte!

Stellungnahme des Bezirksverbands Die Linke Tempelhof-Schöneberg zum Abbruch und Verbot des „Palästina-Kongresses“ der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ durch die Polizei und zum mutmaßlichen Betätigungsverbot des BMI.

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18. April 2024

Der Bezirksverband Die Linke Tempelhof-Schöneberg verurteilt die repressiven Maßnahmen der Polizei gegen den „Palästina-Kongress“ und die „Palästina-Solidarität“, sowie die mutmaßlich in diesem Zusammenhang ausgesprochenen Betätigungsverbote durch das Bundesministerium des Inneren (BMI) gegen die drei Redner auf dem Kongress. Die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein massiver Angriff auf die demokratischen Grundrechte in Deutschland. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehören zu den Säulen unserer

Demokratie und sind erst recht dann zu schützen, wenn unliebsame Meinungen geäußert und Versammlungen abgehalten werden. Die Meinungsfreiheit ist ein Menschenrecht. Gesetzlich geregelte Straftatbestände müssen gerichtlich geprüft und die vom Grundgesetz geschützten Rechte gewahrt bleiben. Eine Einschränkung demokratischer Rechte darf nicht auf Grundlage willkürlicher politischer Entscheidungen angeordnet werden. Wir stellen uns gegen dieses Vorgehen in unserem Bezirk und lehnen jegliche repressiven Maßnahmen der Polizei und der Regierung ab, die die demokratischen Rechte einschränken. „Könnte sein, dass“ - Verurteilungen sind bei Gefahr für Leib und Leben eine schwere Abwägung, für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind sie ein Angriff auf die Demokratie und öffnen die Büchse der Pandora zum autoritären Staat!

Stanislav Jurk

Im Nationalsozialismus verfolgte Angehörige der Bezirksversammlungen Schöneberg und Tempelhof

Mit der Bildung von Groß-Berlin am 01. Oktober 1920 wurden auch die Bezirksversammlungen als demokratische parlamentarische Interessenvertretung auf der Bezirksebene eingeführt. Bereits 1931 begann mit der Kommunalreform aber schon wieder die Entdemokratisierung. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten waren die Wahlen im März 1933 dann von Repressalien gegen die Parteimitglieder von KPD und SPD geprägt bis die Bezirksversammlungen und ihre Gliederungen im Juli 1934 endgültig aufgelöst wurden. Bezirksverordnete wurden verfolgt, erlebten Entlassungen, antisemitische Ausgrenzungen, Hausdurchsuchungen, Haft oder Ermordung.

Seit dem 18. April 2024 werden diese Vorgänge in Tempelhof und Schöneberg in einer Ausstellung „Spurensuche Demokratie“ beschrieben und die Biografien von 16 verfolgten Abgeordneten (fünf Frauen und elf Männer) nachgezeichnet.

Die zentrale Ausstellung befindet sich am Gedenkort

SA-Gefängnis Papestraße (Öffnungszeiten Di, Mi, Do, Sa und So 13–18 Uhr). Hier wurden 1933 die Abgeordneten Franz Czeminski, Wilhelmine Diederich und Erich Flatau inhaftiert. Weitere Standorte der Ausstellung sind das Rathaus Schöneberg (Foyer und Ausstellungshalle WIR WAREN NACHBARN) und das Rathaus Tempelhof (Außenvitrine).

Die Ausstellung ist noch bis zum 20. Oktober 2024 zu sehen. Im Begleitprogramm finden Ausstellungsgespräche, historische Stadtspaziergänge (im Rahmen der Bezirkstouren) und Vorträge statt. Die zeitgleich erschienene Dokumentation enthält die in der Ausstellung gezeigten Biografien und weitere Hintergrundinformationen (<https://www.gedenkort-papestrasse.de/Sonderausstellungen.html>).

Andreas Bräutigam

Protest gegen hohe Heizkosten bei Vonovia/Dt.

Wohnen, Adler und Co.

Seit Ende letzten Jahres hat es sich zu einer bedrohlichen Welle entwickelt, wie große Wohnungskonzerne Heizkosten auf ihre Mieter:innen abwälzen wollen. Hohe Nachzahlungen für Heizkosten 2022 und entsprechend hohe zukünftige Vorauszahlungen. Es gibt keinen richtigen Überblick zum Widerstand. Mieterberatung, Mieterverbände und Anwälte hatten aber gut zu tun. Mit Widersprüchen und Belegen haben sich Viele erstmalig Zeit in 2024 verschafft.

Größere Kundgebungen gab es gegen Vonovia (siehe Bild), große Veranstaltungen gab es bei Vonovia Mariendorf und Adler Lichtenrade um gemeinsames Vorgehen abzustimmen, die auch von DIE LINKE unterstützt wurden. Bekannt ist auch eine Mieterinitiative bei den Schöneberger Terrassen (dort hängen sowohl degewo-, wie Vonovia-Wohnungen an einer Gemeinschafts-Heizanlage), die sich wehrt.

Bei den Großanlagen mit Fernwärme scheinen die Heizkosten besonders undurchsichtig. Vonovia hat nach öffentlichem Protest in verschiedenen Quartieren Fehler eingestanden, u.a. in Mariendorf. Manche hatten nur einige hundert Euro Nachzah-

lung, andere bis 8.000 €, obwohl der Verbrauch geringer war. Die Abrechnungen werden nun überprüft und korrigiert.

Ein bundesweites Problem ist aber, dass die Abrechnungen von Fernwärme und fremd betriebenen Gemeinschaftsheizanlagen undurchsichtig sind. Die Wohnungsunternehmen (teilweise selbst an den Fremdfirmen beteiligt) interessiert keine Wirtschaftlichkeit und verteilen hohe Rechnungen einfach an die Mieter:innen. Die Preiskalkulation orientiert sich oft nicht an den tatsächlichen Gaseinkaufspreisen, sondern wesentlich höheren Verrechnungspreisen die sich an der Gas-Börse orientieren. Im Bundestag könnte das gesetzlich blockiert werden. DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat zur Entlastung von Mieter:innen, die durch hohe Nachzahlungen in Existenznot geraten, einen Nothilfefonds gefordert. Das scheint von der CDU-/SPD-Koalition aber keine Unterstützung zu finden. Der Kampf geht weiter!

Bezirksverordneter H. Gindra

Jugendverkehrsschule bleibt noch ein Jahr – aber Fragezeichen

Schon mehrmals in den vergangenen Jahren kündigte der Möbelkonzern Krieger das Ende der Jugendverkehrsschule (JVS) am Sachsenamm an. Jetzt wollte der Eigentümer die weitere Nutzung im Sommer 2024 beenden.

Das Bezirksamt sprach in einer Anfrage davon, dass „vormittags etwa 1.200 Schulkinder aus 21 Grundschulen“, nachmittags in freier Nutzung über 14.000 (2019 – vor Corona) die JVS nutzen. Es ist eine unverzichtbare Einrichtung um die Gesundheit – bis hin Leben – von Kindern im Straßenverkehr zu schützen. Das Bezirksamt beabsichtigt eine Ersatzfläche in Tempelhof zu erschließen – bisher Verkehrsfläche. Das wird kein vollwertiger Ersatz und erschwert Kindern und Jugendlichen aus Schöneberg das Verkehrstraining wahrzunehmen.

Wozu braucht Krieger das Grundstück, das im Zusammenhang mit dem Möbelhaus an ihn verkauft wurde (ehemalige Radrennbahn)?

Die kleine dreieckige Fläche liegt scharf eingegrenzt von A100, Sachsenamm und Ende des Vorarlberger Damms.

Krieger schwebt wohl eine gewerbliche Nutzung (möglichst hohes Bürohaus?) vor. Bisher wurde davon ausgegangen, dass kein Baurecht besteht. Im „Schneller-Bauen“-Wahn des derzeitigen Senats könnte auch rauskommen, dass eine Baugenehmigung nach §34 (an Umgebung angepasst) erteilt würde. Hoffentlich hat die Verlängerung nicht mit einem „Kuhhandel“ zu tun!

Und in einem Jahr, bleibt nur Fahrt nach Tempelhof? Wären nicht Flächen – zumindest mittelfristig – erschließbar rund um den Bf. Südkreuz z.B. an der Friedrich-Gerlach-Brücke, insbesondere wenn die BAB 103 zu einfacher Stadtstraße (BVV-Beschluss Mai 2019) zurückgebaut würde?

Bezirksverordneter H. Gindra

Rückblick auf den Workshop

„Menschenrecht statt Profit“ zum Frauen*märz



Seit über einem Jahrzehnt findet in Tempelhof-Schöneberg eine Veranstaltungsreihe von und für Frauen* statt. Zusammen gestalten die Frauenbeauftragte, Fraueninitiativen, FLINTA* -verbände und -vereine eine Reihe von Veranstaltungen. Das Motto in diesem Jahr war „Frauen gestalten Zukunft“. Als feministische Arbeitsgruppe der Linken Tempelhof-Schöneberg organisierten wir zu diesem Thema einen Workshop. Mit der Veto-Trainerin Birte Trabert erkundeten wir, wie Wohnverhältnisse das gesamte Leben beeinflussen und welche Erlebnisse wir bisher mit dem Thema Wohnen gemacht haben. Unser Schwerpunkt lag dabei auf den Themen Verdrängung, Wohnungsnot und auch Wohnungslosigkeit.

Das Veto-Prinzip, mit dessen Hilfe wir uns im Rahmen des Workshop dem Thema Wohnen näherten, baut auf den Prinzipien der Selbstbestimmung und der direkten Partizipation auf. Die Methode kommt aus der Theater-Pädagogik und gibt vielfältige Impulse für das alltägliche Leben. Im Fokus steht die Statuslehre, die darauf abzielt, eine feinere Wahrnehmung zur eigenen inneren Haltung und zum äußeren Status zu entwickeln. Wir lernten die sieben demokratischen Führungs-Jokern kennen: "Tempo" für Anpassung der Geschwindigkeit, "Klarheit" für verbesserte

Kommunikation, "Verantwortung" für das Berücksichtigen von Grenzen auch bei anderen, "Veto" als Option zur Ablehnung, und "Störgefühl", welches während der Reflexion verwendet wird, um Unbehagen anzusprechen. Das Ziel ist es, ein tieferes Verständnis für Hierarchie-Dynamiken zu entwickeln und Erfahrungen zu teilen. Diese Methode fördert die Selbstbestimmung und Sensibilisierung für persönliche und gruppenspezifische Prozesse in einer kreativen und interaktiven Umgebung. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten, wie individuelle und kollektive Empowerment-Prozesse gestärkt werden können. Wir stellten erneut fest, wie strukturelle Ungleichheiten und sozioökonomische Faktoren besonders beim Wohnen eine Rolle spielen.

Abschließend haben wir uns vernetzt und vereinbart, dass die gewonnenen Erkenntnisse und entwickelten Perspektiven in unsere weiterführende politische Arbeit aufgenommen werden, um langfristig Einfluss auf die Wohnpolitik im Bezirk zu nehmen und die Lebensbedingungen von Frauen* aktiv zu verbessern. Der Workshop stellte somit einen wichtigen Schritt dar, um die Herausforderungen und Chancen, die sich aus der Schnittstelle von Geschlecht und Wohnungsfrage ergeben, besser zu verstehen und anzugehen. In unseren Kiezen engagieren sich bereits zahlreiche Initiativen, um die Lebenssituation von Menschen zu verbessern. Diese Organisationen setzen sich für bezahlbaren Wohnraum ein, bieten Rechtsberatung an und schaffen Bewusstsein für die Rechte von Frauen* in prekären Wohnsituationen. Ziel unserer Politik im Bezirk ist es dieses Engagement zu vernetzen und zu stärken.

*"FLINTA" steht für "Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans- und agender Personen", also all jene, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität patriarchaler Diskriminierung ausgesetzt sind. Der Begriff wird häufig in feministischen und queeren Kreisen verwendet, um Solidarität auszudrücken und eine inklusivere Sprache zu fördern die hilft, die Sichtbarkeit und Anerkennung zu fördern.

*Katharina Marg
Carolyn Behrenwald*

DIE LINKE

Tempelhof-Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68, 10827 Berlin
Öffnungszeiten i.d.R.:
Di. und Do.: 12-17 Uhr
Mo. und Fr. 13-15 Uhr
(während der Ferienzeit Mo.
und Fr. geschlossen)
Tel.: +49 30 21 997 140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk[at]dielinke-
tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-
tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Mitgliederversammlung

20.06.2024, 19 Uhr

Bezirksvorstand

04.06., 02.07., 03.09.2024,
19 Uhr

Basisorganisation

in **Schöneberg**:

2. Mo. u. letzter Mi. im
Monat: 29.05., 10.06.,
26.06.2024, 19 Uhr

in **Tempelhof**:

4. Do. im Monat: 23.05.,
27.06. 25.07.2024, 19 Uhr

Marxistischer Lesekreis

So. 26.05.2024, 17 Uhr

Sozialrechtsberatung

11.06., 09.07.2024,
10.09.2024, 16 Uhr



Bezirksverband
Tempelhof-Schöneberg



Kiez-Küfa – Gemeinsam gegen Verarmung & Einsamkeit!



Wir als Basisgruppe Süd der linksju-
gend solid Berlin haben am vorherigen
Mittwoch unsere monatliche KÜFA
(Küche Für Alle) organisiert!

Wir wollten euch sowohl einen kurzen
Einblick und das zubereitete Rezept
für die Lupe zukommen lassen.
Das zubereitete Rezept findet man
problemlos hier: [https://
biancazapatka.com/de/rotes-linsen-
dal/](https://biancazapatka.com/de/rotes-linsendal/)

Unsere KÜFA findet jeden dritten
Mittwoch um 18h im Abgeordneten-
büro von Sebastian Scheel statt!

Mit dem Zubereiten einer Mahlzeit
versuchen wir organizing im Kiez und
der Nachbarschaft im begrenzten
Rahmen auszuprobieren. Dafür hän-
gen wir eine Woche früher ein Werbe-
Transpi vor das Büro um verschiede-
ne Personen, die über die Woche hin-
weg vorbeilaufen einzuladen etwas zu
essen, sich politisch auszutauschen
u.v.m.

Letzte Woche waren wir durchweg 15
Personen - 10 Personen waren völlig
neue Gesichter (aus verschiedenen
Altersgruppen) aus der Nachbar-
schaft, die ausgeholfen, mitgekocht
und politisch diskutiert haben!
Die KÜFA wurde somit überaus posi-
tiv aufgeschnappt und das Feedback
war, dass sich alle doll gefreut haben,
dass wir als Jugendverband sowas
anbieten. Einige hatten sogar bereits
eigenhändig versucht derartiges ins
Rollen zu bringen, hatten dafür aber
keine Räumlichkeiten und haben an-
geboten zukünftig als kleine Nach-
barschaftsinitiative mitzuhelfen! Das
Essen hat sehr lecker geschmeckt und
es wurde sich über diverse Themen
unterhalten.

- Vei

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178
Berlin; Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75
1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 4-8x jährlich;
diese Ausgabe: Auflage: 1000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Stanislaw
Jurk; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und
entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirks-
vorstandes. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.06.2024
(luperedaktion[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de). Redaktionsschluss
der Mai/Juni-Ausgabe 15.04.2024. Schlussredaktion: 07.05.2024. Diese Ausgabe
erscheint voraussichtlich online am 15.05.2024. In Druckversion am 18.05.2024.